

Conrad Grau (†)

Reflexionen über die Akademie der Wissenschaften der DDR 1968–1990

Wenn ich aus dem Abstand von nur zehn Jahren den Blick auf die letzten beiden und wegen der Folgewirkung gravierenden Dezennien der hier zu behandelnden Institution richte, dann bin ich als Rückschauender mit mehr Fragen konfrontiert, als ich beantworten kann. Der Forschungsstand, das eigene Beteiligtsein an den Ereignissen dieser Jahrzehnte von 1968 bis 1990 und die durch die Entscheidungen von 1990/91 präjudizierten Schlußfolgerungen über die Akademie der Wissenschaften der DDR begrenzen den Raum für die eigentlich historische Analyse der zu debattierenden Vorgänge. Sie führten bekanntlich zur Auflösung der 1989 bestehenden Akademiestrukturen und zu dem damit verknüpften Elitenwechsel. Daher bitte ich um Verständnis für den gewählten Titel meiner Ausführungen. Ich möchte reflektierend das Werden desjenigen Zustandes beschreiben, der von den Verantwortungsträgern beim Umgang mit der Akademie um 1990 genutzt wurde. Unter dem Einfluß der Wende tendierten die Entscheidungen bei weitgehender Verabsolutierung des gegebenen Zustandes dahin, die Entwicklung der Akademie *ab ovo*, also seit dem Kriegsende, als im wesentlichen verfehlt zu betrachten.

Gegenstand meines Beitrags ist das strukturelle Verhältnis von Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung in der Endphase der Akademie, in deren Selbstverständnis sich Kontinuitäten und Brüche seit Leibniz fast unentwirrbar miteinander verflochten. Eine Behandlung der inneren Entwicklung beider Struktureinheiten, also der Gemeinschaft der Akademiemitglieder und des Forschungsverbundes, nach 1968 muß ich mir für eine Langfassung meines Beitrags vorbehalten. Aus sachlichen Gründen ist es indes hier geboten, die Zeit vor 1968 nicht außer acht zu lassen.

Die Gelehrtenengesellschaft war von Anfang an eine Kommunikationsgemeinschaft von Wissenschaftlern des In- und Auslandes, die sich durch Zuwahlen von Mitgliedern selbst konstituierte. Inwieweit dabei die offiziell stets als die allein entscheidenden wissenschaftlichen Kriterien im Einzelfall durch gesellschaftliche und politische Faktoren überlagert wurden, wäre für die einzelnen Zeitabschnitte der Akademiegeschichte konkret zu untersuchen. Der gegenwärtige Forschungsstand ermöglicht die Feststellung, daß das in den Statuten festgelegte Recht der Akademiemitglieder zur Ergänzung ihrer Gemeinschaft durch Zuwahlen der politischen Einflußnahme auf diese Wahlen keine unüberwindlichen Grenzen zog. Die der Akademie bis 1954 vorgeordneten Ministerien Preußens, des Reichs und

der DDR haben auf die Zusammensetzung der Akademiemitgliedschaft oft indirekt oder direkt eingewirkt. Dabei konnten sie allerdings in unterschiedlichem Maße auf die Kooperationsbereitschaft der Wahlberechtigten setzen. Solange und insofern sich das Selbstverständnis der Akademiemitglieder mit ihrer von den vorgesetzten Behörden erwarteten Einordnung in die gegebenen Bedingungen vereinbaren ließ, blieben Konfrontationen die Ausnahme. Erst als das seit den beginnenden fünfziger Jahren in Folge von Divergenzen zwischen offizieller Wissenschaftspolitik und dem Selbstverständnis der Akademiemitglieder zunehmend nicht mehr der Fall war, bedurfte es des Ausbaus eines spezifischen Mechanismus zur Beeinflussung der Zuwahlen. Einen Einschnitt bedeutete 1954 die direkte Unterstellung der Akademie unter den Ministerrat der DDR. Zuwahlen konnten schließlich nur noch dann erfolgen, wenn sie zuvor mit den zuständigen Einrichtungen der SED abgestimmt waren. Das bedeutete allerdings nicht, daß jedes zu wählende Akademiemitglied auch Parteimitglied sein mußte. Die wissenschaftliche Qualifikation – ergänzt durch die Bereitschaft zur Loyalität gegenüber dem bestehenden System – wurde als Voraussetzung für Zuwahlen durchaus gewahrt. Auch die Methode, ausgewiesene Wissenschaftler als Repräsentanten der sogenannten bürgerlichen Intelligenz, die in den ersten Jahrzehnten für unentbehrlich gehalten wurden, über die Mitgliedschaft in der Akademie in die entstehenden neuen Verhältnisse einzubinden, muß beachtet werden.

Dieser hier nur angedeutete Prozeß der allmählichen Wandlung zu einer nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch bestimmten Gelehrtenengesellschaft bis zum Ende der sechziger Jahre vollzog sich vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation parallel zu zwei Vorgängen, die innerhalb und außerhalb der Akademie zu beobachten sind und die 1968 kulminierten.

Mit der Verfassung der DDR von 1968 wurde die *de facto* bestehende Alleinherrschaft der SED auch staatsrechtlich sanktioniert. Die DDR war demnach ein *sozialistischer Staat deutscher Nation*, und zwar – nach Artikel 1 – *unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei*. Das hatte direkte Folgen für die Zuwahlen, die wie schon zuvor auch in der DDR der staatlichen Bestätigung bedurften. Die gängige Formulierung *Partei- und Staatsführung* verschleierte dabei die Tatsache, daß im offiziellen Mehrparteien-Staat DDR in allen Bereichen wesentliche Entscheidungen durch staatliche Stellen allein auf der Grundlage von Beschlüssen einer einzigen Partei gefaßt wurden.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft manifestierte sich die neue Entwicklungsetappe fast gleichzeitig in der Hochschul- und der Akademiereform. Eine detaillierte Nachzeichnung des Verlaufes, den letztere genommen hat, muß ich mir hier versagen. Entscheidende Schritte waren 1968/69 die grundlegende Umgestaltung aller Bereiche der Akademie und der Staatsratsbeschuß vom 12. März 1970 „zur weiteren Durchführung der Akademiereform bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und der DDR“. Am vorläufigen Ende der Umgestaltung zur *sozialistischen Forschungsakademie* stand 1972 die Umbenennung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Akademie der Wissenschaften der DDR, wodurch deren Stellung nach außen offiziell zum Ausdruck gebracht wurde.

Zu keinem Zeitpunkt stand die Akademie im Mittelpunkt der von der Sozialistischen Einheitspartei bestimmten Interessen des Staates wie in den Jahren seit 1968. Erst jetzt wurde damit begonnen, konsequent ein Konzept durchzusetzen, das – trotz seines formalen Rückbezugs auf die traditionelle Akademie – mit der Etablierung einer nicht von den Kommunisten erfundenen Großforschung in der Akademie letztlich vom überkommenen Akademiegedanken in Deutschland abwich. Ich erinnere daran, daß das Prinzip der Großforschung einen seiner Ursprünge in Überlegungen von Theodor Mommsen und Adolf Harnack um 1900 in der Preußischen Akademie hatte und seitdem immer wieder die Forderung erhoben wurde, der Akademie Forschungsinstitute anzugliedern. Das geschah dann seit 1946 unter spezifischen Umständen im Einvernehmen zwischen Akademiemitgliedern und vorgeordneten Behörden. Doch blieb ungeachtet aller Wandlungen innerhalb der Akademie deren Grundstruktur zunächst weitgehend unangetastet. Warum die Führungsgremien der Partei schließlich in den sechziger Jahren entschieden, das Ziel der Verknüpfung von Wissenschaft und Industrie mit Hilfe der Akademie durch deren Umgestaltung durchzusetzen und nicht neben oder unabhängig von ihr, mußte durch eingehende Untersuchungen über den politisch motivierten Meinungsbildungsprozeß in der Führung im Wechselspiel mit Vertretern der Wissenschaft ermittelt werden. Auf jeden Fall entstand nach den Entscheidungen seit 1968, und nicht bereits 1946, eine Akademie, die als Gesamtinstitution mit den anderen deutschen Akademien nicht mehr kompatibel war. Den Hintergrund dafür bildeten sicher neben innergesellschaftlichen Entwicklungen im Umfeld der weltweit wachsenden Rolle der Wissenschaft auch die weitere Annäherung an das in der Sowjetunion praktizierte Wissenschaftsmodell, subjektive Einflüsse von Politikern und Wissenschaftlern und Interessen der Abgrenzung zum Westen. Es sollte wohl auch ein sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnender Generationenwechsel nicht übersehen werden. Erst jetzt standen Persönlichkeiten zur Verfügung, deren wissenschaftliche Entwicklung und deren gesellschaftliche Sozialisation sich zumindest partiell unter Nachkriegsbedingungen im Osten Deutschlands vollzogen hatten.

Gegenstand meiner Reflexionen ist der Versuch, die Jahre um 1968 als einen Wendepunkt in der Akademieentwicklung zu verdeutlichen, der vor allem wissenschaftspolitisch bedingt war. Wie unter den neuen strukturellen Bedingungen Ergebnisse in der Forschung erzielt wurden und wie diese unter Inanspruchnahme objektiver Kriterien wissenschaftlich zu bewerten sind, muß hier unbeachtet bleiben. Generell glaube ich nicht zuletzt unter Bezug auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe *Wissenschaft und Wiedervereinigung*¹ feststellen zu können, daß in der Akademie auf vielen Gebieten ernsthafte wissenschaftliche Arbeit geleistet wurde. Eine wesentliche Ursache für die Auflösung der zwischen 1968 und 1989 bestehenden Zentralinstitute und Institute der Akademie, also des Forschungsverbundes neben der Gelehrtenengesellschaft, liegt, wenn ich den Evaluierungsprozeß richtig beurteile, weniger in wissenschaftlichen Defiziten als in strukturellen Problemen. Die gleichzeitige Übernahme von Forschungs- und Editionsgruppen, die schon vor 1968 in der Akademie

¹ Vgl. Kocka/Mayntz, *Wissenschaft und Wiedervereinigung*.

tätig gewesen und mit der Reform in Institute eingegliedert worden waren, durch die neu konstituierte Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften betrachte ich als Bestätigung für diese Feststellung. In der Bundesrepublik gibt es vier historisch entstandene große Forschungsverbände mit Instituten: die Max-Planck-Gesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Hermann-von-Helmholtz-Gesellschaft Deutscher Forschungszentren und die Fraunhofer-Gesellschaft. Eine wie auch immer geartete Fortführung des mit der Gelehrtenengesellschaft verknüpften Forschungsverbundes Akademie der Wissenschaften der DDR, der überdies seine Einrichtungen allein in den neuen Bundesländern gehabt hätte, wäre selbst bei personeller Ausdünnung ein neues Element im nunmehr gesamtdeutschen System gewesen, für dessen Akzeptierung durch die bestehenden Forschungsverbände wenig oder keine Bereitschaft gegeben war. Daß auf diese Weise auch auf mögliche Neuansätze für die deutsche Forschungsorganisation verzichtet wurde, dürfte heute unbestritten sein.

Nach meiner Ansicht verbirgt sich dahinter aber auch ein grundsätzlicheres Problem. Es geht um das Zusammenwirken zwischen einer nach festgelegten Kriterien konstituierten, personell begrenzten Gelehrtenengesellschaft mit lebenslangen Mitgliedschaften und mit Aufgaben der interdisziplinären Kommunikation einerseits und einer Großorganisation der Forschung andererseits, die in vieler Hinsicht, nämlich inhaltlich, personell und finanziell, flexibel und in ihren Teilbereichen diszipliniert sein muß. Nachdem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer öfter die Forderung nach Akademieinstituten erhoben wurde, läßt sich deutlich ein Grundprinzip erkennen: Persönlichkeiten, die bereits Akademiemitglieder waren, sollten das Profil dieser Institute bestimmen, die überwiegend bereits in Arbeit befindliche Projekte übernehmen sollten. Ich finde keine Anhaltspunkte dafür, daß daraus entstehende mögliche Weiterungen für die Zusammensetzung der Gelehrtenengesellschaft bedacht wurden.

Das geschah auch in den ersten Jahren nach 1946 zunächst nicht, als die Akademie bestehende Institute übernahm und neue gründete. Es wäre daher zu fragen, wie sich der Anteil der Personalunionen Akademiemitglied/Institutsdirektor veränderte. Als Tendenz, die für einzelne Zeitabschnitte und einzelne Disziplinengruppen gesondert zu untersuchen wäre, scheint mir erkennbar zu sein, daß immer öfter nicht Akademiemitglieder zu Institutsdirektoren berufen, sondern Institutsdirektoren zu Akademiemitgliedern gewählt wurden. Auch auf diesem Gebiet wurde seit 1968 der entscheidende Umschwung eingeleitet. Für die Gelehrtenengesellschaft bedeutete das, daß sie durch einzelne ihrer Mitglieder punktuell enger mit dem Forschungsverbund der Akademie verknüpft wurden. Auf den Inhalt der Forschung verlor sie dagegen zunehmend an Einfluß. Der Institutsdirektor, ob er nun Akademiemitglied war oder nicht, blieb als staatlicher Leiter zuerst immer in die Organisationsstrukturen des Forschungsverbundes eingebunden. Das Forschungsprofil der Akademie wurde durch die staatliche Planung festgelegt, an deren Ausgestaltung Wissenschaftler mitwirkten. Für Akademiemitglieder ergaben sich solche Möglichkeiten durch ihre Leitungsfunktionen in der Akademie und durch ihre Tätigkeit im Plenum und in den Klassen.



*Festsitzung der Akademie anlässlich des 20. Jahrestages der DDR am 25. September 1969
v. l. n. r.: Kurt Braunreuther, Horst Klemm, Ernst August Lauter, Kurt Hager, Hermann Klare, Herbert Weiz,
Werner Hartke, Josef Cermak*

Mit der wachsenden Zahl der Institute, mit ihrer Ausdehnung auf Wissenschaftsgebiete, die in der Akademie zuvor nicht oder allenfalls am Rande gepflegt worden waren, und mit der zahlenmäßigen Vergrößerung der Institute war schon in den fünfziger Jahren deutlich geworden, daß selbst die größere Zahl der Klassen als Gremien der Akademiemitglieder keine ausreichenden Voraussetzungen bot, um den Forschungsprozeß zu koordinieren. Deshalb wurden schon 1957 und 1963 die Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute sowie die Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen innerhalb der Akademie gebildet. Deren Leiter waren zwar Akademiemitglieder und sogar Vizepräsidenten, sie waren aber mit der Gelehrtenegesellschaft im Plenum und in den Klassen weniger verbunden.

An die Stelle der beiden genannten Gemeinschaften innerhalb der Akademie traten 1968/69 zunächst sieben Forschungsbereiche unter folgenden Bezeichnungen: Kosmische Physik, Mathematik und Physik, Werkstoffwissenschaft, Kernwissenschaft, Chemie, Molekularbiologie und Medizin sowie Gesellschaftswissenschaften. Die Zahl der Forschungsbereiche und deren fachliche Gliederung wechselten in der Folgezeit mehrfach. Seit dem 1. Juni 1989 bestanden sieben, nunmehr als Wissenschaftsgebiete bezeichnete Bereiche für Mathematik und Informatik, Physik, Chemie, Biowissenschaften, Medizin, Geo- und Kosmoswissenschaften sowie Gesellschaftswissenschaften. Sie wurden von Sekretären, die

Akademienmitglieder waren, geleitet. Diesen Wissenschaftsgebieten waren zuletzt 54 Zentralinstitute, Institute, Forschungsstellen, Arbeitsstellen und Laboratorien in allen Teilen der DDR unterstellt. Es gab zwischen 1968 und 1989 mehrfach Veränderungen in der Gesamtstruktur der Institute und innerhalb der einzelnen Institute, beispielsweise durch Neugründungen, Umbildungen, Umbenennungen sowie Neuordnungen von Instituten und Institutsteilen. Außerhalb dieser Organisationsform standen drei Einrichtungen der Akademie: das Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau, das Rechenzentrum und das Wissenschaftliche Informationszentrum einschließlich der Akademiebibliothek und des Akademiearchivs. Die Akademie beschäftigte ca. 24.000 Mitarbeiter, von denen etwa ein Drittel Wissenschaftler waren.² Die wissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie arbeiteten auf der Grundlage der staatlichen Wissenschaftsplanung, die inhaltlich von den Prinzipien der Wissenschaftspolitik der DDR bestimmt wurde. Ohne Berücksichtigung der letzteren lassen sich die Entwicklungen innerhalb der Akademie nicht nachzeichnen.

Ein Vergleich mit den zuletzt elf Klassen der Akademienmitglieder zeigt, daß es weder in der Zahl noch in den Bezeichnungen eine Kongruenz mit den Forschungsbereichen/Wissenschaftsgebieten gab. So bestanden für die sechs naturwissenschaftlichen Wissenschaftsgebiete neun Klassen, für das eine gesellschaftswissenschaftliche Wissenschaftsgebiet zwei Klassen. Wie sich diese strukturellen Unterschiede innerhalb der Gelehrten-gesellschaft einerseits und des Forschungsverbundes andererseits auf die wissenschaftliche Kommunikation innerhalb der Gesamtakademie auswirkten, müßte weiterhin detailliert erforscht werden. Einen sichtbaren Ausdruck für das Verhältnis zwischen beiden Struktureinheiten der Akademie bietet beispielsweise deren letztes *Jahrbuch* für das Jahr 1989. Für den Bericht über das Plenum und die Klassen genügten 17 Seiten, während für den über den Forschungsverbund 132 Seiten erforderlich waren.

Mit der Bildung der Forschungsbereiche und der Zentralinstitute seit 1968 lockerte sich jedenfalls der Zusammenhalt zwischen Gelehrten-gesellschaft und Forschungsverbund innerhalb der Akademie weiter. In diesem Zusammenhang wäre es notwendig, die Rolle der Klassen, nach der Reform zunächst als problemorientierte, dann wieder als disziplin-gebundene, näher zu untersuchen. Die seit den ausgehenden sechziger Jahren durchgesetzte Großorganisation der außeruniversitären Forschung, die in der DDR im Rahmen der Akademie erfolgte, sollte die DDR-spezifische Lösung der Aufgaben ermöglichen, die sich aus der Sicht der verantwortlichen Politiker in Partei und Staat aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergaben. Sie war also vor allem auch gesellschaftspolitisch bedingt und folglich mit dem Ende des Staates hinfällig. Der schließliche Mißerfolg sollte indes nicht verdecken, daß diese neuen Forschungsstrukturen auch Ansätze für neue Antworten enthielten und Forschungsergebnisse zeitigten, die Bestand haben. Da sich deren Detailanalyse, die sich auf die einzelnen Wissenschaftsgebiete in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen der letzten zwanzig Jahre der Akademie der Wissenschaften der DDR konzentrieren müßte, hier verbietet, beschränke ich mich auf einen einzigen Hinweis. Trotz aller

² Die Zahl der Beschäftigten an der Akademie der Wissenschaften betrug 1989 23.675, von denen 8.371 Wissenschaftler waren. Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 247.

widrigen Umstände nach der vollständigen Auflösung der wissenschaftlichen Infrastruktur der DDR ist es Wissenschaftlern und Wissenschaftlergruppen dank ihrer fachlichen Kompetenz und ihrer persönlichen Einsatzbereitschaft gelungen, ihre Stimme im nunmehr gesamtdeutschen Konzert zu erheben.

Es gibt wohl nur wenige, die die gesellschaftlich bedingten Mängel der seit 1969 in der DDR praktizierten Struktur von Gelehrtenegesellschaft plus Großorganisation außeruniversitärer Forschung übersehen. Was der weiteren Analyse und der Diskussion bedarf, das sind Detailuntersuchungen über Fachdisziplinen, Institutionen und Personen, denn Wissenschaftsgeschichte der DDR läßt sich nicht auf die Beseitigung ihrer Strukturen reduzieren.

Die hier in den Vordergrund gerückte Frage nach dem Sinn und den Möglichkeiten einer Verknüpfung von Gelehrtenegesellschaft und Forschungsverbund ist ein Problem der Akademieggeschichte von Anfang an. Man kann und muß darüber streiten, insbesondere nach den Erfahrungen in der DDR, ob eine solche Verknüpfung machbar und erstrebenswert ist. Von der Sache her bedarf wohl ein Forschungsverbund, der nicht in seine Einzelteile zerfallen will, eines übergeordneten wissenschaftlichen Gremiums. Ob ein solches eine auf Kontinuität angelegte, der wissenschaftlichen Kommunikation verpflichtete Gelehrtenegesellschaft mit lebenslangen Mitgliedschaften sein kann oder muß, würde ich eher in Frage stellen. Jedenfalls müßte die Debatte, die darüber zu führen wäre, die Erfahrungen außerdeutscher Akademien berücksichtigen und sich nicht auf das DDR-Experiment beschränken. Wohlgemerkt: Es geht nur um die Verknüpfung von Gelehrtenegesellschaft und außeruniversitärer Großforschung. Die Anbindung dauernder oder befristeter Forschungsprojekte auf ausgewählten Gebieten, die auch die Form von Forschungsinstituten annehmen kann, an Gelehrtenegesellschaften läßt sich seit dem 19. Jahrhundert international beobachten. Die Preußische Akademie, deren Nachfolgeorganisationen wir hier betrachten, war seinerzeit sogar ein Schrittmacher, als es um die Einbindung des wissenschaftlichen Potentials einer Gelehrtenegesellschaft in die Forschung ging.

Natürlich kann man das hier aufgeworfene Problem nicht losgelöst von den Erfahrungen der DDR-Akademie erörtern. Man sollte es aber auch nicht darauf beschränken, denn es bleibt auf der Tagesordnung, so lange man über die Stellung von Akademien im Wissenschaftsgefüge der Neuzeit debattiert. Dabei kann man sich an die Überlegungen des Akademiemitglieds und Wissenschaftsorganitors Hermann Diels erinnern, der sich 1906 über das Verhältnis von Akademie und Forschung, also Gelehrtenegesellschaft und Großorganisation der Forschung, äußerte. Über die Diskrepanz zwischen der „Summierung von geistigen Kräften“ und dem „wirklichen Effekt“ einer Versammlung bedeutender Gelehrter sagte er damals, „daß eine ganze Akademie oder auch nur eine ihrer Kommissionen ein wirklich epochemachendes wissenschaftliches Werk durch gemeinsame Arbeit zu Stande gebracht hätte, davon gibt es meines Wissens keine Beispiele“.

Anhang: Gelehrtenegesellschaft und Forschungsinstitute in der Akademie

An dieser Stelle mag es angebracht sein, einige Details über die Wirkungen des Forschungsverbundes auf die Zuwahl von Akademiemitgliedern zur Diskussion zu stellen. Während der Anfänge der Reform gehörten nach dem Stand vom 31. März 1969 dem Präsidium der Akademie 14 Mitglieder an, darunter die Leiter der sieben Forschungsbereiche. Nur sechs der 14 Präsidiumsmitglieder, darunter zwei Forschungsbereichsleiter, waren Ordentliche Akademiemitglieder. Schon Ende 1969 betrug die Zahl der Präsidiumsmitglieder dann 16, unter denen jetzt neun Ordentliche und zwei Korrespondierende Mitglieder waren, insgesamt also elf. Von den nach wie vor sieben Forschungsbereichsleitern waren inzwischen zwei weitere zu Ordentlichen und zwei zu Korrespondierenden Mitgliedern gewählt worden, so daß nur noch einer von ihnen diesen Rang nicht hatte. Dieser wurde 1970 Ordentliches Mitglied und gleichzeitig Vizepräsident. Im Jahre 1969 hatte sich der Anteil der Akademiemitglieder im Präsidium also von 42,9 auf 68,8 Prozent erhöht, und zwar im wesentlichen durch die Zuwahl bereits berufener Forschungsbereichsleiter als Mitglieder der Akademie.

Im Frühjahr 1969 war die Bildung der Forschungsbereiche bereits abgeschlossen, noch nicht aber die Bildung von Zentralinstituten, die vor allem in den Forschungsbereichen Chemie, Biologie und Medizin sowie Gesellschaftswissenschaften erst im Laufe des Jahres 1969 erfolgte. Wo die Ursachen für diese Verzögerung lagen, muß weiter untersucht werden. Am 31. März 1969 bestanden insgesamt, ohne Berücksichtigung der kleineren Arbeits- und Forschungsstellen, 52 Zentralinstitute und Institute. Davon wurden zu diesem Zeitpunkt 19 von Akademiemitgliedern geleitet, also 36,5 Prozent. Von den übrigen 33 Direktoren sind dann in den beiden Jahrzehnten ab 1969 insgesamt 17, also 51,5 Prozent, zu Korrespondierenden und Ordentlichen Akademiemitgliedern gewählt worden.

Bis zum 31. Dezember 1989 hat sich die Zahl der Struktureinheiten innerhalb des Forschungsverbundes der Akademie nicht verändert, wohl aber deren innere Gliederung. Es bestanden zu diesem Zeitpunkt sieben Wissenschaftsgebiete mit insgesamt 57 Forschungseinheiten, überwiegend Zentralinstitute und Institute. Bei den Wissenschaftsgebieten schwankte die Zahl der Institute zwischen 14 bei den Gesellschaftswissenschaften und zwei bei der Medizin. Alle sieben Wissenschaftsgebietssekretäre waren Ordentliche Mitglieder der Akademie. Sie wurden zwischen 1973 und 1989 gewählt und waren alle zuvor zwischen 1969 und 1985 bereits Korrespondierende Mitglieder geworden. Der zeitliche Zusammenhang der Funktion jedes einzelnen Wissenschaftlers im Forschungsverbund und seiner Wahl zum Akademiemitglied mußte unabhängig von seiner wissenschaftlichen Qualifikation, die grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden kann, detailliert untersucht werden. Das gilt auch für die Direktoren der Forschungseinheiten.

Von den 57 Direktoren der Zentralinstitute und Institute waren 1989 insgesamt 26 Ordentliche und acht Korrespondierende Mitglieder der Akademie. Bis auf eine Ausnahme (Hans-Jürgen Treder) haben sie alle diesen Status nach 1969 erhalten, wobei bis auf zwei Fälle der Wahl zum Ordentlichen die zum Korrespondierenden Mitglied vorausging. Für unseren Zusammenhang wichtiger ist, daß von den 34 Ordentlichen und Korrespondierenden Mitgliedern der Akademie, die Institutsdirektoren waren, nur sechs die Akademiemitglied-

schaft erwarben, bevor sie in Einrichtungen der Akademie tätig waren. Es läßt sich also vorbehaltlich der noch ausstehenden Einzelanalysen durchaus die Tendenz feststellen, daß ein Hauptweg zum Akademiemitglied über Leitungsfunktionen im Forschungsverbund und in dessen Forschungseinheiten führte. Diese Aussage wird allerdings dadurch relativiert, daß zu Akademiemitgliedern stets auch Wissenschaftler gewählt wurden, die nicht im Hauptamt an der Akademie tätig waren.

Das soll an einigen Beispielen belegt werden. Für die Mitgliederentwicklung berücksichtige ich hier nur das Jahr 1972, als nach der ersten Reformphase der Akademie und deren Umbenennung in Akademie der Wissenschaften der DDR zum ersten Mal seit 1968 im *Jahrbuch* wieder ein Mitgliederverzeichnis erschien, und das Jahr der Wende 1989. Eine jährliche Analyse würde hier zu weit führen. Doch lassen sich auch so Tendenzen erkennen.

1972 hatte die Akademie 131 Ordentliche Mitglieder, von denen 54, die über 65 Jahre alt oder emeritiert waren, hier nicht gezählt werden. Von den verbleibenden 77 Mitgliedern waren 32 in der Akademie und 45 außerhalb beschäftigt. Ähnlich war das Verhältnis bei den 39 Korrespondierenden Mitgliedern, von denen zwei aus Altersgründen nicht mitgezählt werden. Damals, also 1972, standen 16 Korrespondierenden Mitgliedern aus dem Forschungsverbund 21 aus anderen Institutionen gegenüber.

1989 hatte die Akademie 157 Ordentliche Mitglieder, von denen 57, die über 65 Jahre alt oder emeritiert waren, hier nicht gezählt werden. Von den verbleibenden 100 Mitgliedern waren 64 in der Akademie und 36 außerhalb beschäftigt. Im Vergleich zu 1972, als das Verhältnis 32 zu 45 war, hatte sich dieses 1989 mit 64 zu 36 also ganz entscheidend zugunsten von Akademiemitarbeitern verändert. Eine ähnliche Tendenz, wenn auch nicht so ausgeprägt, ist bei den Korrespondierenden Mitgliedern zu beobachten. Von den 99 Korrespondierenden Mitgliedern im Jahre 1989 kamen 40 aus dem Forschungsverbund und 46 aus anderen Institutionen. 13 wurden aus Altersgründen hier nicht berücksichtigt. Im Vergleich zu 1972 mit einem Verhältnis von 16 zu 21 hatte sich dieses 1989 mit 40 zu 46 weniger verändert.

Wenn man die Ordentlichen und die Korrespondierenden Mitglieder im Jahre 1972 insgesamt betrachtet, so ergibt sich, daß von den 114 noch aktiven Wissenschaftlern dieser Kategorien 48, also 42,1 Prozent, in der Akademie tätig waren. 1989 waren es dann 104 von 186 damals aktiven Wissenschaftlern beider Mitgliederkategorien, also 55,9 Prozent, die aus der Akademie selbst kamen. Um die Erhöhung des Anteils der Mitglieder der Akademie aus dem Kreis der Mitarbeiter des Forschungsverbundes eben dieser Akademie in 17 Jahren von ca. 42 auf ca. 56 Prozent zu bewerten, müssen eine Reihe von Faktoren berücksichtigt werden, von denen ich die folgenden zur Diskussion stellen möchte.

Erstens: Der Weg vom Mitarbeiter zum Mitglied, der bis 1945 in der Akademie die ganz große Ausnahme war, wurde überhaupt erst nach der Angliederung von Forschungsinstitutionen in größerem Maße möglich und gewann tendenziell so an Gewicht, daß schließlich mehr als die Hälfte der Mitglieder zugleich Mitarbeiter der Akademie waren. In den meisten Fällen ging die Berufung in leitende Funktionen des Forschungsverbundes der Wahl zum Mitglied voraus.

Zweitens: Im Gegensatz zu dieser zunehmenden Selbstrekrutierung der Gelehrten-gemeinschaft der Akademie aus deren Forschungsverbund ging der Einfluß der Akademie-

mitglieder als Korporation auf den Forschungsprozeß immer mehr zurück. Weder die Festlegung der Forschungsziele noch deren Realisierung erfolgte seit den fünfziger Jahren im naturwissenschaftlich-medizinischen Bereich und seit den sechziger Jahren im geisteswissenschaftlichen Bereich im Rahmen der Klassen und des Plenums der Akademie.

Drittens: Die Mitgliedschaft der Akademie, die wie seit jeher mit einer finanziellen Vergütung verbunden war, aber heute nicht mehr ist, bedeutete für die Betroffenen unverändert weiterhin eine spezielle Würdigung wissenschaftlicher Leistungen. Eine solche Anerkennung war indes eher zu erringen, wenn man in einem Forschungsinstitut der Akademie tätig war. Das folgte nicht zuletzt aus der Tatsache, daß der Forschungsverbund der Akademie über das größte geschlossene Forschungspotential der DDR verfügte. Aber auch Wissenschaftler außerhalb dieses Forschungsverbundes, insbesondere an den Universitäten, erbrachten Leistungen, die Voraussetzungen für ihre Wahl zum Akademiemitglied schufen.

Viertens: Die Akademie ist seit der Herausbildung des Forschungsverbundes mit dem Problem konfrontiert gewesen, ihre traditionellen Aufgaben als Kommunikationsgemeinschaft ausgewiesener Wissenschaftler mit den neuen Aufgaben zu vereinbaren. Ihre seit den ausgehenden sechziger Jahren verstärkte Apostrophierung als Forschungsakademie dokumentiert die Verlagerung des Schwergewichts, die eher zu einem Nebeneinander als zu einem Miteinander beider Bereiche führte. Die Zusammensetzung der Klassen und des Plenums der Akademie aus Wissenschaftlern des Forschungsverbundes und Forschern außerhalb der Akademie dürfte dieses Auseinanderdriften gefördert haben. Das gilt um so mehr, als die Gelehrtengemeinschaft keine wissenschaftsleitenden Funktionen wahrnahm. Die Gremien der Akademiemitglieder, also die Klassen und das Plenum, wirkten in eher traditioneller Weise durch den Vortrag von Forschungsergebnissen und deren Diskussion. Diese in den Sitzungsberichten und Abhandlungen publizierten Arbeiten bedürfen der eigenständigen Würdigung unter dem Gesichtspunkt, ob sie aus dem Forschungsverbund der Akademie oder nicht aus diesem hervorgingen.

Fünftens: Da die Verbindung von Gelehrtengemeinschaft und Forschungsverbund in einer Institution sich angesichts der hier angedeuteten Entwicklung als kompliziert erwies, wird auch verständlich, daß sich bald nach der Wende, schon im Frühjahr 1990, der Gedanke Bahn brach, die administrativen Bindungen zwischen beiden unter Wahrung wissenschaftlicher Kontakte zu lösen. In einem Entwurf für eine neue Satzung der Akademie definierte sich diese am 27. Juli 1990 „als Vereinigung juristisch selbständiger Gemeinschaften“, die einerseits aus den Akademiemitgliedern, andererseits aus den wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen der Akademie bestehen sollten.

Literatur

- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hrsg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung*. Disziplinen im Umbruch (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen 6), Berlin 1998.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.